

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Wintefeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Köpen Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Erlösergeburt

Schmerzgeschüttelte Erde, wundenbedeckt,
Leidendurchwühlt und arm und elend und bloß,
Die du in Wehen geschrien, nun hat sich entkrocht
Atmende Frucht deinem fiebernden, glühenden Schoß.
Die deine Völker geschlagen: Qualen und Not,
Zeugten gewaltiges Leben aus Trümmern und Tod.

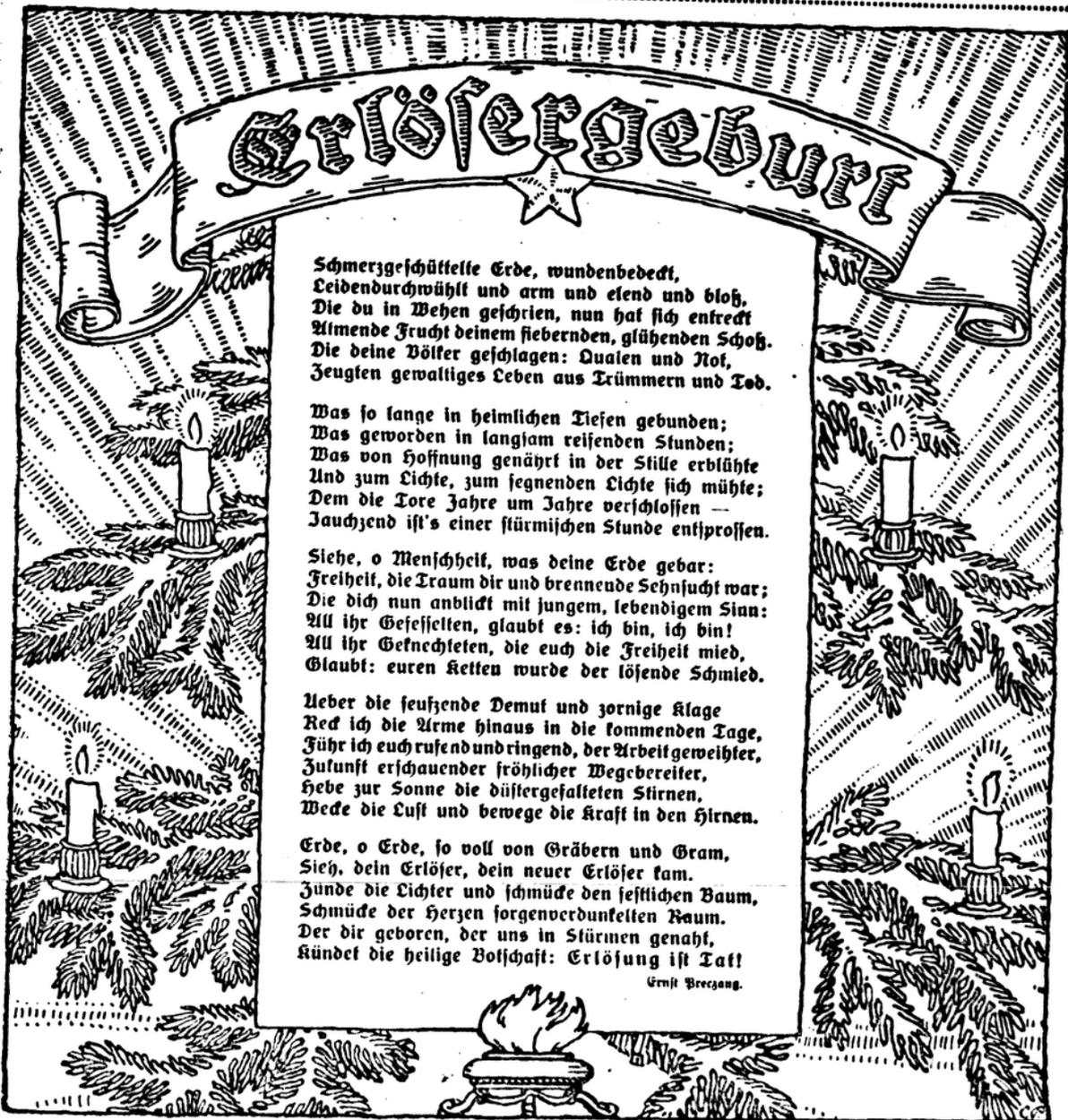
Was so lange in heimlichen Tiefen gebunden;
Was geworden in langsam reisenden Stunden;
Was von Hoffnung genährt in der Stille erblühte
Und zum Lichte, zum segnenden Lichte sich mühte;
Dem die Tore Jahre um Jahre verschlossen —
Jauchzend ist's einer stürmischen Stunde entsprossen.

Siehe, o Menschheit, was deine Erde gebar:
Freiheit, die Traum dir und brennende Sehnsucht war;
Die dich nun anblickt mit jungem, lebendigem Sian:
All ihr Gefesselten, glaubt es: ich bin, ich bin!
All ihr Geknechteten, die euch die Freiheit mied,
Glaubt: euren Ketten wurde der lösende Schmied.

Ueber die seufzende Demut und zornige Klage
Red ich die Arme hinaus in die kommenden Tage,
Führ ich euch rufend und ringend, der Arbeit geweihter,
Zukunft erschauender fröhlicher Wegebereiter,
Hebe zur Sonne die düstergesalteten Stirnen,
Wede die Lust und bewege die Kraft in den Hirnen.

Erde, o Erde, so voll von Gräbern und Gram,
Sieh, dein Erlöser, dein neuer Erlöser kam.
Zünde die Lichter und schmücke den festlichen Baum,
Schmücke der Herzen sorgenverdunkelten Raum.
Der dir geboren, der uns in Stürmen genah,
Kündet die heilige Botschaft: Erlösung ist Tat!

Emil Dittmer.



Neue Weihnacht.

In dieser aufgeregten Zeit, da alles stürzt, was für Ewigkeiten gemacht schien, wird die Weihnachtsfeier in ihrer alten Form einen ehrwürdigen Ruhepunkt bilden. Man wird wie immer einen grünen Tannenbaum in die Stube stellen, wird ihn mit glänzendem Flitter behängen, ihn mit Lichtern bestücken, wenn man welche hat, und wird mit den Kindern die alten schönen Weihnachtslieder singen, die uns sentimental Deutschen nun einmal ans Gemüt gewachsen sind. Was Jahr für Jahr lieblich an das Ohr der immer hoffnungsvollen Menschheit klang: die sehnsüchtige Melodie des Friedens und der großen Harmonie, sie wird sich auch zu dieser Weihnacht wieder in unser Herz schleichen und — für kurze Stunden oder Minuten — das Krachen einer zusammenbrechenden Welt überdönen. Erinnerung, Traum, Hoffnung spinnen ihre magischen Schleier um uns, und die überlebten Liederworte sind uns nur ein wohl-lautender Schall, der freundliche Bilder in uns erregt, während draußen jene unerbittliche Katastrophe sich vollzieht, die tiefgemurzelte Institutionen spielend über den Haufen bläst. Es scheint ein Gegenjag und ist doch im Grunde Verwandtes, denn in beiden Vorgängen lebt das unaufhörliche, nie gestillte Verlangen nach Frieden und Glück. Wir genießen in der Weihnachtsstimmung einen Zustand, der erst noch werden soll, eine Zukunft, die sich erst losringt vom Ueberkommenen.

Noch nie ist einer Generation so ungeheures Erleben zuteil geworden wie uns. Alles, was die Geschichte der Menschheit an großen Ereignissen verzeichnet, verbleibt vor dem Geschehen der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart. Der Weltkrieg war kein Krieg wie die vorhergegangenen, und die aus ihm geborene Revolution auch hat ihr ganz besonderes Gesicht. In beiden wirkt das moderne Element der Waffenhäftigkeit und einer neuen, gewaltigen Technik. Die Organisation schlägt die Schlachten des einen wie des anderen. Der einzelne ein Nichts, die Kriegssturie rast über ihn hinweg. Kaiser, Könige, Fürsten verschwinden wie Marionetten: die Revolution tut sie mit einer Handbewegung ab. Wie unsagbar lächerlich erscheint der blecherne Glanz auf den Heldenbrüsten der Generale und Staatsmänner — Kinderspielzeug, gut für den Zeitvertreib von Säuglingen. All der künstlich aufgefeuerten Nimbus der Autoritäten erlischt wie ein Licht im Sturmwind. Die hohlen Larven starren uns an, und die mittellose Wirklichkeit offenbart uns die irdischen Götter in ihrer ganzen Nichtigkeit oder gar als Lügner und Verbrecher.

Und indem sie die Träger und Anbeter der Faustgewalt und des Waffengözendienstes an den Pranger stellt, spricht sie zugleich ihr verdammendes Urteil über die Politik der Gewalt selbst. Durch sie sind Millionen von Leben hingeopfert, Millionen verkrüppelt, Millionen mit Krankheit, Hunger, Elend geschlagen worden. Völker wüteten um eines Wahns willen gegeneinander, alle barbarischen Instinkte wurden aufgerüttelt — Instinkte, die eine dürrtige Kultur mit dünnem Firnis über-tüncht hatte. Die Stimmen der Vernunft fanden kein Ohr, und friedliche Gesinnung ward zur Schmach gestempelt. Wer nicht mitschrie in dem besinnungslosen Chor der Macht- und Gewaltgläubigen, war ein Landesverräter oder gehörte zu den „Friedensquerulanten“. „Schwachveranlagte, Schwachgewordene, Nichtmehrnormale“ — das waren die Ehrentitel für jene, die Gebrauch von ihrer Vernunft machen wollten, weil sie meinten, sich, Schutz und Schutz seien überzeugenden Argumente. Der Ausgang des unheilvollen Krieges gab diesen Zweiflern recht, und der brutale Gewaltgeist brach sich selbst eine fürchterliche, vernichtende Niederlage bei. Wenigstens bei uns zu Lande. Daß er kein spezifisch deutsch preussisches Gewächs ist, sondern auch in anderen Klimaten recht kräftig gedeiht, ist uns bei und nach dem Absicht des Waffenstillstandes über die Wesen deutlich gemacht worden. Die herrlichen Siegerklären von Versailles geben den von weisland Potsdam nichts nach. Aber vielleicht erleben auch die

Gewaltanbeter auf der anderen Seite des Rheines noch den Augenblick, wo der allzu straff gespannte Bogen bricht und ihnen die Wahrheit aufgeht, daß es nicht nur eine Logik der Macht und der Waffen, sondern auch eine des Rechtes und der Vernunft gibt.

Ueber Deutschland brausen ihre erlösenden Weihnachtshöre mit stürmischem Atem hin und bewegen alle Volksträfte rauschend in der Tiefe. Noch läßt sich ihre klare Gliederung nicht erkennen, noch ringen Strömungen verschiedener Art miteinander, noch schlagen heftige Wellen über das rettende Ufer. Gefahren von innen und außen bedrohen die junge Volksrepublik, und nur höchste Einsicht aller in die Schwierigkeiten einer grundlegenden Neugestaltung kann einem Rückschlag verhüten, kann die Erfolge der urgewaltigen Wandlung festhalten, sie ganz zum Ziele führen und ihre Früchte ernten. Wie diese beinahe friedlich zu nennende, fast unblutige Form der Ummwälzung nicht möglich gewesen wäre ohne die jahrzehntelange, disziplinierende Vorarbeit der Arbeiterverbände, so kann auch die Gestaltung der neuen Gesellschaft nur des Ergebnis eines wohlbedachten organisatorischen Aufbaues sein. Auch hier gilt das Wort — es gilt immer! — von der blinden Gewalt, die wohl zerstört, aber nie, nie, nie schöpferisch wirken kann! Das aber wollen wir doch: einen Neubau der menschlichen Gesellschaft errichten! Nicht ein arbeitverachtendes Schlaraffenland erstreben wir, sondern im Gegenteil ein freies, freudiges, von keiner Unfreiheit gehemmtes Schaffen!

In diesem Willen lag und liegt die Religion der Arbeit, die alles von sich selbst, aber nichts von irgendwelchen Kräften über den Wolken erwartet. Sie ist's, die uns diese Weihnacht verklärt, wie sie es war, die uns bis hierher geführt hat. Mag der äußere Glanz unserer Weihnacht auch in diesem Jahre auch nur aus spärlichen Lichtern strahlen, mag dem Reize ein mageres Fest, den Kindern eine dürftige Feier werden — wir nehmen's hin als ein Ruß, dem nicht auszuweichen ist. Aber in uns wird die desto heller leuchtende Hoffnung sein, daß unsere Straße nun bergaufwärts führt, daß das lange erträumte Ziel sichtbar vor unseren Augen emporwächst und daß es jetzt vor allem an uns selber liegt, in Balde zu ihm zu gelangen. Zwißigkeiten in den eigenen Reihen verlängern den Pfad; die Geldgierigkeit des auf friedlichem Eroberungsmarsche begriffenen Arbeitsheres verbürgt den kürzesten Weg. Eintracht — sie wäre das beste Weihnachtsgeschenk für uns!

Die Kinder aber! Würde ihnen je eine schönere Festgabe als die Zuversicht, in freiem Lande zu freien Menschen aufzuwachen zu dürfen, umhegt von der Fürsorge einer Gesellschaftsordnung, die in der Jugend die kostbarste Saat allen Menschheitsgedeihens setzen wird? Ihr vor allem winkt das neue Leben; denn auch ihre innere Entwicklung wird unter schöneren Sternen stehen als die unsere, die uns noch der ganze hemmende und verkrüppelnde Fluch einer volksfeindlichen Kapitalsherrschaft traf, unsere Kräfte im mühseligen Ringen um Brot verzehrte und Geist und Seele mit ärmlichen Broden abspiesete. Ihr, der Jugend erst, kann wirkliche Kultur werden, die die barbarischen Zustände der früheren Geschlechter entwurzelt und den Menschen Kraft seiner Vernunft vom Götzendienst der Gewalt befreit. Sehend, wissend, denkend soll die Menschheit der Zukunft ihr Dasein leben, dem Willen hingegeben, Gutes zu schaffen, Vollerdetes zu wirken, in schöpferischer Veredelung alles Seienden den höchsten Genuß zu finden und in jedem Mitmenschen auf dem ganzen Erdenrund den Bruder zu achten, dessen Leben so kostbar ist wie das eigene.

Weihnachten! Wir sehen Lichtstuten von den Festbäumen der Zukunft zu uns drängen, hören das frohe Festgeläut zahlloser Gloden in den wägen Blick aufwärts rinaender Kräfte klingen. Laßt uns nicht zweifeln — was auch an Stemen noch auf unserem Weg gewirrt werden mag! Die Geister sind erwacht, die Feinde der Freiheit gesürzt, und neue Sterne glänzen über allen Hütten.

Seid einzig, einzig, einzig!

Amtliche Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter.

Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung hat am 23. November 1918 eine Verordnung erlassen, die die Durchführung des Achtstundentages regelt. Diese Verordnung war notwendig, da in der Tat Unklarheit über die Neuordnung der Arbeitszeit herrschte und die Abmachungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern unter den obwaltenden Verhältnissen nicht überall die nötige Einheitlichkeit gewährleisten konnten.

Der Achtstundentag ist nach der Verordnung die gesetzliche Arbeitszeit. Allgemeine Abweichungen sind nur zulässig dort, wo die Arbeitszeit an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage durch Vereinbarung gekürzt ist; der Ausfall der Arbeitsstunden kann hier auf die übrigen Wochentage erfolgen. Im übrigen können für einzelne Berufsabteilungen stattdessen, deren Voraussetzungen aus der Verordnung selbst ersichtlich ist. Wir lassen die Verordnung hier im Wortlaut folgen:

Auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung (Demobilisierungsamt) vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1301) ergibt hiermit folgende Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter:

I. Die Regelung umfaßt die gewerblichen Arbeiter in allen gewerblichen Betrieben einschließlich des Bergbaus, in den Betrieben des Reichs, des Staats, der Gemeinden und Gemeindeverbände, auch wenn sie nicht zur Gewinnerzielung betrieben werden, sowie in landwirtschaftlichen Nebenbetrieben gewerblicher Art.

II. Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen darf die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten. Wenn in Anwendung hiervon durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonn- und Feiertage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verteilt werden.

III. Für die in Bergbauergewerben einschließlich der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung erforderlichen, durch die Zeitverhältnisse bedingten, allgemeinen Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften sind alsbald Vereinbarungen zwischen Betriebsleitungen und den Arbeitnehmerverbänden zu treffen. Sollten die Vereinbarungen nicht innerhalb zweier Wochen zustandekommen, bleiben weitere Anordnungen vorbehalten.

IV. In Betrieben, deren Natur eine Unterbrechung nicht gestattet, oder bei denen eine ununterbrochene Sonntagsarbeit zur öffentlichen Interesse nötig ist, dürfen zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels männliche Arbeiter über 16 Jahre innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen einmal zu einer Arbeit von höchstens 16stündiger Dauer einschließlich der Pausen herangezogen werden, sofern ihnen in diesen drei Wochen zweimal eine ununterbrochene Ruhezeit von je 24 Stunden gewährt wird.

V. Abweichend von den allgemein gültigen Vorschriften der Gewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen über 16 Jahre in zwei- oder mehrländigen Betrieben bis 10 Uhr abends beschäftigt werden, wenn ihnen nach Beendigung der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 16 Stunden gewährt wird. In diesen Fällen kann an Stelle der einjündigen Mittagspause eine halbstündige Pause treten, die auf die Dauer der Arbeitszeit anzurechnen ist.

VI. Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung auf vorübergehende Arbeiten, welche in Notfällen unverzüglich vorgenommen werden müssen.

VII. In Betrieben, deren Natur eine Unterbrechung nicht gestattet, oder deren unbeschränkte Aufrechterhaltung im öffentlichen Interesse nötig ist, kann eine von den vorstehenden Bestimmungen abweichende Regelung durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten bei bergbaulichen Betrieben durch den Bergwerksbesitzer, bei anderen Betrieben durch den Arbeitgeber, vorgenommen werden, wenn die erforderliche Zahl geeigneter Arbeiter nicht zur Verfügung steht. Hierzu sind ein Antrag des Arbeitgebers und, wenn nach Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden droht, die Zustimmungserklärung des Arbeitgeberverbandes oder, wenn ein solcher nicht besteht, der Arbeiterchaft des Betriebes notwendig. Werden für die bezeichneten Betriebe wesentliche Veränderungen über Ausnahmen von den Bestimmungen einschlägigen gewerblicher Arbeiter durch Verträge von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden getroffen, so sind die Gewerbeaufsichts- bzw. Bergwerksbeamten beauftragt, entsprechend den Verträgen weitere Ausnahmen von den Arbeiterdienstbestimmungen vorzuschlagen. Die genannten Beamten haben nach Erlangung der Genehmigung die für den Betrieb zuständigen Vertreter mitzuteilen, soweit auf den Mangel an Arbeitskräften in dem betreffenden Betriebe hinzuwirken. Die erteilten Genehmigungen sind dem zuständigen Demobilisierungsamt mitzuteilen.

*) Es ist ganz selbstverständlich, daß in Zukunft alle Gemeindefabriken als „gewerblich“ anzusehen sind. D. Red.

Dieser ist befugt, die genannten Beamten zum Widerruf ihrer Genehmigung zu veranlassen.

VIII. Beginn und Ende der Arbeitszeiten und Pausen sind, sofern keine tarifliche Regelung erfolgt, vom Arbeitgeber im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Arbeiterchaft des Betriebes entsprechend den vorstehenden Bestimmungen festzulegen und durch Aushang in den Betrieben zu veröffentlichen.

IX. Die Aufsicht über die Ausführung der vorstehenden Bestimmungen wird den Gewerbeaufsichts- bzw. Bergwerksbeamten übertragen. Zu diesem Zwecke sind sie befugt, mit den Arbeiterausschüssen im Beisein des Arbeitgebers oder mit beiden Teilen allein zu verhandeln und zu diesem Zwecke die Arbeiterausschüsse einzuberufen.

X. Mit Geldstrafe bis zu 2000 Mk., im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu 6 Monaten wird bestraft, wer den vorstehenden Bestimmungen oder den auf Grund derselben erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt.

Wer der Täter zur Zeit der Begehung der Straftat bereits wegen Zuwiderhandlung nach Absatz 1 bestraft, so tritt, falls die Straftat vorfänglich begangen wurde, Geldstrafe von 100 bis 3000 Mark oder Gefängnis bis zu 6 Monaten ein.

XI. Im übrigen finden die in Reichs- und Landesgesetzen und die auf Grund dieser Gesetze erlassenen Vorschriften im bisherigen Umfang soweit Anwendung, als sie nicht den vorstehenden Bestimmungen zuwiderlaufen.

XII. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 23. November 1918.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung. Roeth.

Der Sozialismus als Konkursverwalter.

Ist es ratsam, die Sozialisierung der „fast reifen“ Produktionsmittel vorzunehmen, bevor wir die uns zugesprochenen Friedensverträge mit der Entente abgeschlossen haben? Welche Produktionsmittel sind „reif“ für die Sozialisierung und wer kann sagen, welche Verpflichtungen den Besiegten in wirtschaftspolitischer Hinsicht durch die Sieger auferlegt werden? Gibt es bei uns vernunftbegabte Menschen, die der Ueberzeugung sind, die Beauftragten des Ententeimperialismus bei den Friedensverhandlungen würden die Durchführung des proletarischen Sozialismus begünstigen? Das hieße die internationale Solidarität des Privatkapitalismus völlig verkennen.

Die Sieger werden die Friedensbedingungen nur mit einer deutlichen Regierung vorabreden — soweit überhaupt von einer Verabredung die Rede sein wird —, die sich auf eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung stützt. Sollen und dürfen wir aber den Friedensschluß hinauschieben, bis die Sozialisierung der Produktionsmittel, oder ohne Zustimmung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung vollzogen ist? Wer die gegenwärtige Diskussion über den Umfang der für die Sozialisierung „reifen“ Produktionsmittel, über die beste Art der Enteignung, die Entschädigungen und über die Frage der praktischen technisch-wirtschaftlichen Direktion der sozialisierten Produktionsmittel aufmerksam verfolgt, ist sich klar, daß der gedachte, tiefenschnidende Umwandlungsprozeß nicht in wenig Wochen, nicht einmal in wenig Monaten zum Abschluß gelangen kann. Müssen und dürfen wir aber solange den Abschluß der Friedensverträge hinauschieben, immer vorausgesetzt, die Entente läßt uns in Ruhe?

Wenn man allerdings den rabiatesten Widerstürmern glauben dürfte, dann bedarf es sozusagen nur einer „Verordnung“ und alsbald wäre das Produktat souveräner Eigentümer der gesellschaftlichen Produktionsmittel; es hätte dann zugleich gemeinnützig gerechte Verteilung, ausreichende Ernährung und Nahrungsversorgung. — Ah, wenn dies richtig wäre, ich würde der erste sein, der die sofortige Sozialisierung forderte. Aber ganz abgesehen von den bewußten wirtschaftlichen und finanziellen Problemen, die bei der Sozialisierung gewisser Produktionsmittel gelöst werden müssen, ist doch heute in erster Linie zu fragen: Wie steht es überhaupt mit der Arbeitsmöglichkeit unserer Großindustrie, deren sofortige Sozialisierung empfohlen wird? Können wir jetzt die Möglichkeit, diese Industrien, die gewaltige Anstrengungen zu bedürftigen haben, die notwendigen Rohstoffe, Betriebsstoffe und sonstige Betriebsmaterialien zu beschaffen? Greifen wir unsere große Eisen- und Stahlindustrie heraus. Sie muß sich vollständig auf Friedensarbeit umstellen. Zunächst kann sie das kaum erwarten? In dem Kriegsjahr lieferten sie allein die Grund im deutschen Volkgebiet rund 36 Millionen Tonnen Eisenerze. Davon kamen 2,4 Millionen

Tonnen aus Lothringen und Luxemburg! Von dort erhalten wir jetzt kein Erz und Roheisen mehr, die Ententetruppen halten diese Gebiete besetzt. Wir erhielten ferner 10 Millionen Tonnen Eisenerze aus Spanien, Schweden, Norwegen, Frankreich. Auch diese Zufuhr ist uns so gut wie unterbunden, solange der Frieden nicht abgeschlossen ist. Wie sich dann unser Außenhandel gestaltet, müssen wir erst sehen. Es steht mithin unserer Eisen- und Stahlindustrie bis zum Friedensabschluss als sichere, inländische Eisenerzeugung nur eine Menge von 6—7 Millionen Tonnen zur Verfügung, vorausgesetzt, es sind genügend geschulte Arbeitskräfte und brauchbare Betriebsmaterialien vorhanden, was zurzeit nicht der Fall ist. Dann könnten mit Schrotzuzug vielleicht 3 Millionen Tonnen Roheisen in Bräseerzeugung hergestellt werden. Unsere Erzeugung in dem Vorkriegsjahr belief sich aber auf 19, im besten Kriegsjahr wahrscheinlich (genaue Zahlen sind nicht publiziert) auf 14—15 Millionen Tonnen. Wie sollen die Millionen Arbeitskräfte, die in der großen Eisen- und Stahl-, in der Metall- und Maschinenindustrie sowie in den ungemein mannigfaltigen Klein-eisen- und dergleichen Industrien Beschäftigung haben müssen, lohnende Arbeit erhalten, wenn es nur ein Sedstel der früheren Eisen- und Stahlerzeugung zur Verfügung steht? Auch rasche Sozialisierung der Betriebe könnte an diesem ungeheuren Materialmangel natürlich gar nichts ändern.

Die sozialistische Industriedirektion aber übernimmt die unmöglich zu lösende Aufgabe, ausgeschlossen von dem ausländischen Handel für Millionen Menschen Arbeit zu beschaffen, obgleich es hierfür an der nötigen Grundlage fehlt! Man muß wissen, welche beispiellosen Schwierigkeiten nun die vorzüglich geschulten privatkapitalistischen Betriebsverwalter zu überwinden haben, damit während der plötzlichen Auflösung von der jahrelang alles beherrschenden Kriegswirtschaft die zusammengestellten Arbeitermassen wenigstens notdürftig, d. h. sehr häufig ganz unproduktiv, weiter beschäftigt werden können, um zu verstehen, daß durchaus nicht wenige Großunternehmer geneigt sind, die Verantwortung für die gewaltige Betriebsumschichtung und Arbeitsbeschaffung auf andere Schultern abzuladen. Wer die großindustriellen Verhältnisse nicht lediglich theoretisch, sondern aus der Praxis kennt, der weiß, daß der Sozialismus eine unabsehbare schwere Niederlage erleiden würde, wenn wir uns jetzt die Verantwortung für total

unwägende Eingriffe in die komplizierte Verfassung unserer industriellen Produktionsverhältnisse aufhalsen würden! Man glaube auch ja nicht, daß die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft mit der Sozialisierung in gegenwärtiger Zeit einverstanden ist. Sie kann aber nur ohne schwere Erschütterungen der Volkswirtschaft durchgeführt werden, wenn wenigstens diese proletarischen Massen sich rückhaltlos in ihren Dienst stellen. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß unsere Grobeisen- und Stahlindustrie mit ihren weitverzweigten Hilsgewerben vor dem nahen Konkurs steht, wenn ihr nicht durch den raschen Abschluß eines Vorkriegsneuvertrages die Möglichkeit verschafft wird, wenigstens einigermaßen ausreichend mit metallischen und anderen Roh- und Halbrohstoffen aus dem nahen und fernem Ausland zu versorgen. Wird diese Möglichkeit, gleichgültig von welcher Seite, ausgeschaltet, so werden hier große Betriebs einstellen erfolgen; dann ist uns aber auch die dringend nötige Ergänzung unfers außerordentlich abgenutzten Eisenbahnmateriale, die Verstärkung der umfangreichen Metall- und Maschinenindustrie, auch der Kleinereisenindustrie, die bereits sehr stark unter Arbeitsmaterialleiden unmöglich gemacht. Eine Arbeitslosigkeit von gewaltigem, katastrophalem Umfange ist die Folge! Der Bergbau, dessen Bedarf an Eisen, Stahl und sonstigen Metallen für die maschinellen Hilfsmittel bedeutend ist, kommt denn auch über kurz oder lang zum Erliegen, kann wenigstens nicht einmal die heute schon bedeutend gesunkene Steinförderung aufrechterhalten. Das alles wird sich innerhalb kurzer Zeit vollziehen, wenn erst einmal, was in absehbarer Zeit zu beurdnen ist, die Hochofen- und Stahlwerke zum Stillstand verurteilt sind. Das wäre der Konkurs!

Ist es denn die Aufgabe des Sozialismus, als Konkursverwalter zu wirken? Zumal wenn der Konkurs einen volkswirtschaftlichen Zusammenbruch gleichkommt, weil wir während der feindlichen Einmächtigung außerstande sind Baumaterial für den Wiederaufbau zu beschaffen?! So haben sich Marx und Engels die Ueberführung der Produktionsmittel in den Dienst der Gesellschaft nicht vorgestellt. Nur wer mit völliger Unkenntnis der industriellen Praxis spekuliert, kann der tolen Meinung sein, „gerade jetzt“ sei der Zeitpunkt für die „Expropriation der Expropriateure“ gekommen.

Lebensnotwendig für uns ist jetzt die rasche Beendigung des Kriegszustandes. Davon hängt auch nicht

Heimkehr zu Weihnachten.

Während der ganzen langen Kriegsjahre war es nicht ein so schmerzliches Warten gewesen, wie in diesen vorweihnachtlichen Wochen. Der Waffenstillstand und die Revolution hatten die zagen Hoffnungen auf baldige Rückkehr des Vaters und Gatten wieder aufleben lassen. Dann kam das Zurücksinken des Heeres. Die Briefe, die sonst regelmäßig einliefen, blieben aus. Die Zeilen, die man selbst hinausgeschickte, kamen als unbeförderbar zurück. Die nervöse Spannung wuchs mit jedem Tage. Und aus den Tagen wurden Wochen. Hier und da kochte ein Feldarauer auf, kehrte in den Schoß seiner Familie zurück. Und die erst nur Wenigen wurden allmählich viele. Nur war er nicht darunter.

Da wuchs eine gewisse Verzagttheit in dem Herzen der jungen Frau groß. Und die Kinder fragten täglich mehr und eindringlicher, ob denn der Vater noch nicht bald käme.

Was las man da nicht alles in den Zeitungen von Munitionsexplosionen, von feindlich gesinnten Leuten der besetzten Gebiete, von Krankheiten und Hunger und Frost und Eisenbahnunglücksfällen, die noch so manches Opfer unter den heimkehrenden Kriegern holten! Da konnte den sehnsüchtig Wartenden wirklich das Herz schwer werden!

Und je näher es den Weihnachtstagen ging, desto unheimlicher und drückender wurde diese Ungewißheit. Das würde am Ende noch das erübteste Weihnachtsfest der ganzen Kriegszeit werden!

Die Kinder schauten ganz verschüchtert drein. Die Augen der blonden Frau aber waren rot von Tränen und die schlaflosen Nächte hatten sie mit dunklen Ringen umrandert.

So war der Morgen des Weihnachtsportages gekommen. Eine kümmerliche Lanne hatte die blonde Frau erbeudet. Wenn es auch keine Kerzen und keine Kuchen gab, ein wenig weihnachtlich sollte es doch im Hause ausschauen. Lannenduft sollte den engen Raum durchhauchen und eine schwache Illusion aus besseren Tagen schaffen, damit die Kinder wenigstens für ihren Teil auf ihre Kosten kämen.

Die blonde Frau hatte ja jetzt immer verhältnismäßig so viel Zeit. Die blonde Frau hatte ja jetzt immer verhältnismäßig so viel Zeit.

erwerbslosen Krieger hatte auch in der Fabrik, in der sie beschäftigt war, eine starke Kürzung der Arbeitszeit zur Folge gehabt. Da konnte sie sich ihren mütterlichen und hausfraulichen Verpflichtungen in erheblich ruhigerer Weise widmen als bisher. Und es gab so unendlich viel einzuholen und zu besorgen, zu nähen und zu flicken, zu waschen und zu stopfen. All diese mehr oder weniger mechanische Arbeit aber gab ihr hinwiederum übergenue Zeit und Ruhe, sich trüben Gedanken und Grübelereien um das Ergehen des von ihr so sehnsüchtig Erwarteten hinzugeben.

Ihre Nerven klagten, so oft sie den Schritt der Postbahn auf der Treppe vernahm. Ob nicht endlich auch einmal für sie ein Brief oder eine Karte mit seiner lieben Handschrift abgegeben werden würde? Aber Tag um Tag horrie sie vergebens. Und wenn ihr Ohr das Ticken eines in den Blechkasten geworfenen Briefes vernahm, so war es immer einer von denen, den sie selbst geschrieben hatte und der nun als unbeförderbar zurückkam.

Sollte ihr und den Kindern denn nun wirklich auch im fünften Kriegsjahr kein Weihnachtsglück blühen?

Schon begann die Dämmerung ihre grauen Fäden durch den kleinen Raum zu spinnen. Die Kinder hantierten in der Küche an dem Tannenbaumchen, den sie mit bunten Papierschnitzeln und Wattenresten einen einigermaßen weihnachtlichen Schmuck zu geben trachteten.

Die junge Frau stand am Fenster und starrte in das dämmernde Land hinaus, wo hier und da ein Schneebauch auf den Dächern liebe und einen fahlen Schimmer verbreitete. Ihre rechte Hand hatte sie auf einen Fensterriegel gelegt, den Oberkörper hatte sie leicht nach vorn geneigt. Die blonden Haare hingen ihr ein wenig von der Arbeit zerwurst über die Schläfen. Ihre Augen träumten. Wüßte siegen vor ihnen auf aus fernem glücklichen Tagen. Da war ihr erstes eheliches Weihnachtsfest gewesen. Die Kinder waren noch nicht geboren; aber das Aeltste trug sie bereits unterm Herzen. Reich hatte sie damals ihr Mann beschenkt! Und wie wohlig durchatmeten die ledernen Hüfte das gute Haus. Denn auf der Arbeit seiner treuen schaffensfrohen Hände ruhte sichlicher Segen. Da hatte

gulebt die Zukunft des Sozialismus ab. Er kann sich nur gesichert auf den Willen der großen Volksmehrheit aufbauen, seine diktatorische Durchführung durch eine Minderheit ist eine praktische Unmöglichkeit. Deshalb ist die Einberufung der geschehenden Nationalversammlung nicht länger hinauszuschieben, als es die wirtschaftlichen Vorarbeiten unbedingt erforderlich machen. Nur die möglichst rasche Aufhebung der feindseligen Blockade eröffnet uns die Aussicht, durch Zufuhr von Rohstoffen den Stillstand unserer wichtigsten industriellen Erzeugungstätten zu verändern. Gelingt uns das, dann wird die Sozialisierung der dafür geeigneten Produktionsmittel in Uebereinstimmung mit der Volksmehrheit zu vollziehen sein. O. Hue.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Die Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages.

Der Waffenstillstandsvertrag wurde heute (12. 12.) vormittags um 11 1/2 Uhr im Salonwagen des Marschalls Foch in Trier verlängert. Der Wortlaut des Abkommens ist wie folgt: Die Unterzeichneten, versehen mit den Vollmachten, trafen deren sie den Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 unterzeichnet haben, haben folgendes Zusatzabkommen abgeschlossen: 1. Die Dauer des am 11. November 1918 abgeschlossenen Waffenstillstandes ist um einen Monat verlängert worden, bis zum 17. Januar 1919, 5 Uhr vormittags. Diese Verlängerung um einen Monat wird unter Vorbehalt der Zustimmung der alliierten Regierungen bis zum Abschluß des Präliminarfriedens ausgedehnt werden. 2. Die Ausführung der Bedingungen des Abkommens vom 11. November, soweit dieselben bereits noch unvollständig verwirklicht sind, wird fortgesetzt und in der Zeit der Verlängerung des Waffenstillstandes zu den von der internationalen Waffenstillstandskommission festgesetzten Vorschriften nach den Verfügungen des Oberkommandos der Alliierten zum Abschluß geführt. 3. Folgende Bedingung wird dem Abkommen vom 11. November 1918 hinzugefügt: Das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, von jetzt an, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die zentrale Zone auf dem rechten Rheinufer, nördlich des Niesler Brückenspiels und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der Alliierten

sechs Tage vorher angezeigt werden. J. Foch; A. G. Bompas, Admiral. Erzberger, u. L. Berndorf, v. Winterfeldt, Panfelow. — Zu Beginn der Sitzung teilte Marschall Foch im Namen des amerikanischen Lebensmittellieferanten Hoover mit, daß die in Deutschland liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsraum unter Kontrolle der Alliierten zur Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zur Verfügung gestellt werden müssen.

• Aus den Gemeinden •

Mariendorf. Die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats der Gemeinde beschloß am 12. Dezember u. a., daß für die Gemeindearbeiter nicht der Achtstundentag, sondern nach mehrmaliger Befürwortung durch die Mitglieder Oberlein und Rosa Luxemburg, die siebenstündige Arbeitszeit zur Einführung gelangt. Die Beförderungsreform für die Bureauhilfskräfte und Gemeindearbeiter war gleichfalls großzügig. Den Hilfsarbeitern wurden statt der bisherigen 140, 165 und 190 Mk. monatlich 250, 300 und 350 Mk., den Verheirateten noch 25 Mk. mehr bewilligt. Die gelehrten Arbeiter der Gemeinde sollen künftig 20 Mk. für den Tag, die Knutscher 135 Mk. Wochenlohn, die Transportarbeiter täglich 16 Mk., die Frauen 11 Mk., die Bauarbeiter 16 Mk., die Straßenarbeiter und Gärtner 13 Mk., die Frauen 7 Mk. erhalten. Für die Schuttdiener wurde ein Anfangsgehalt von 3400 Mk. für die Heizer von 3600 Mk. festgesetzt. Der Führer der Feuerwehr wird 22 Mk., die Mannschaften werden 20 Mk. täglich erhalten. Für den Sicherheitsdienst und für den Arbeiterrat wurden Mittel in Höhe von 30.000 Mk. bewilligt. Die Mitglieder des Arbeiterrats erhalten die gleiche Entschädigung wie die aufgeschickerten Gemeindeführer. — Ob freilich diese Beschlüsse lange vorhalten, ist eine andere Frage.

Neußeln. Der Magistrat von Neußeln ist mit dem „Spartakus“-Arbeiterrat in heftigen Konflikt geraten, der auch unsere Kollegen angeht. In einer Erklärung des Magistrats heißt es: „Wie schon bekannt geworden, greift der A- und S-Rat in die Rechtspflege ein, indem er generell sämtliche Kündigungen und Mietssteigerungen verboten hat, indem er ferner eine Verordnung erlassen hat, durch welche sämtliche Pfändungen und Zwangsvollstreckungen gegen Kriegsteilnehmer und Kriegsgewinnler und gegen Personen mit weniger als 5000 Mk. Einkommen verboten werden. Auf die Unhaltbarkeit und Unzulässigkeit all dieser Verordnungen ist in den Zeitungen bereits hingewiesen. Der A- und S-Rat ist auch noch weiter gegangen und hat von dem Vorsitzenden des Mietminderungsamts direkt Aufhebung von Entscheidungen gefordert; er hat also den heiligsten Grundgesetz der Rechtspflege, nämlich Unabhängigkeit der Richter, verletzt. Schwerwiegende Eingriffe

won sich nichts zu entscheiden brauchen. Nicht dem Uebermaß hatten sie gesondert; aber Entbehrungen brauchen und wollten sie sich auch nicht auferlegen.

Und dann beim ersten Weihnachtsfest die Freude, als das Kind die kleinen, rosigen Händchen gegen den Lichterbaum reckte. Wie wird sie den Augenblick vergessen, wie ihr Mann ihr die sie das Kind hielt, lieblosend über den Scheitel strich, ihr das Haupt leicht zurückbog und ihr einen langen, glühenden Kuß auf die Stirne drückte.

Dann waren drei, vier Weihnachtsfeste gekommen, die sie zu vieren feierten. Die Älteste griff schon tüchtig nach dem Spielkram und der Kleinsten sang mit seiner hohen, dünnen Stimme ein Liedchen, das die Mutter ihm einstudiert hatte. Mit einer ernstlichen Würde hatte der kleine Mann seine Aufgabe erfüllt. Bei seiner zur Schau getragenen Drolligkeit war es den Eltern ordentlich schwer geworden, nicht ins Lachen zu geraten. Eine trauliche, herzliche Heiterkeit war damals durch ihr kleines Heim gelatert, hatte sie eng aneinander gebunden und ihnen gezeigt, wie sehr sie zusammengehörten. O, wie glücklich war sie doch gewesen!

Die blonde Frau leuchtete hörbar auf.

Ja, dieser Krieg! Alles hatte er ihnen in Trümmer geschlagen! Nicht nur ihnen allein! Auch unendlich vielen andern, mit denen er womöglich noch rauher und schlimmer verfahren war!

Die Augen der blonden Frau wurden wieder feucht. Tapfer kämpfte sie gegen die aufsteigenden Tränen an. Die Kinder sollten ihren armfälligen Weihnachtsabend unangenehm verleben. Die Große hatte scharfe Augen; sie sah es sofort, wenn die Mutter geweint hatte. Dann wurde auch sie gleich traurig und ließ sich durch nichts aufheitern.

Nun war der letzte Tagesshimmer im Scheiden. Wie dunkelgraue Schieferwände schob die Dämmerung ihre Schatten über die Wälder. Die Schneeflocken auf den Dächern blinkten jetzt f. h. l. und gelpenflich. Aus vielen Fenstern quoll bereits gelblicher Lampenschein. Neben an der Küche tuschelten die Kinder bereits eifrig miteinander. Die mußten jetzt mit ihrer Baumauschmückung zu Ende sein. Wer weiß was die Große wieder für eine Ueberraschung für die

Mutter hatte! Schon im Vorjahre hatte sie aus der Kinderschule eine niedliche Flechtarbeit heimgebracht.

Ganz still war es im Hause geworden. Jedes Stuhlrücken, jeder Schritt war vernehmbar, jedes Türenschlagen hallte laut durch die Stille. Die Treppe war nicht so belebt, wie es sonst in der Weihnachtsfeier der Fall war; die meisten waren ja zu Hause. Doch — da kam wieder ein Schritt die Stiege herauf; ein schwerer, müder Schritt, so ein richtiger Soldatengang. Und dann machte der Schritt halt. War das nicht gerade vor ihr er Tür? Der blonden Frau lief ein Zittern durch den jungen Körper. Da schritt sie auch schon die Kängel. Im Nu war sie an der Tür und drehte das Schloß zurück. Und im gleichen Augenblick hatten sie auch schon zwei fest Männerhände an den zuckenden Schultern gepackt und ein bärtiger Mund sich auf ihre roten Lippen gedrückt.

Ja, er war es: der Bangerichter! Am Weihnachtsabend war er gekommen.

Lachend und weinend zugleich hatte sie den heiß Erwarteten in die Wohnung gezogen. Lachend und weinend hatte sie die Küchentür aufgerissen: „Kinder, der Vater!“

Und nun hielten sie ihn umschlungen: die Frau den Hals des Mannes, die Tochter seinen Arm und der kleine Junge sein Bein. Wie in einem Schraubstock stand der Heimgekehrte; nichts vorwärts und nicht rückwärts konnte er sich bewegen. Erst als sie sich von der Freude des ersten Wiedersehens ein wenig beruhigt hatten, machte er sich liebevoll und sanft los und legte seine Sachen ab.

Nun gab's ein schier endloses Fragen und Antworten. Die Lampe wurde angezündet und das von kindlichen Fingern geschmückte Tannenbäumchen in die Stube getragen. Und so ganz armfellig ging's an diesem Abend auch gar nicht zu: Vater war nicht mit ganz leeren Händen gekommen. Aber das Beste war und blieb, daß er überhaupt noch zum Fest eingetroffen war und nun nicht wieder fortzugehen brauchte.

Das war seine Heimkehr.

hat sich der A.- und S.-Rat hinsichtlich der städtischen Verwaltung geleistet, indem er Einstellung von Arbeitern angeordnet und Wiedereinstellung einer vor Jahren im Disziplinarwege entlassenen Person verfügt hat. Schließlich hat der A.- und S.-Rat aus eigener Machtvollkommenheit die Stadtverordnetenversammlung als aufgelöst erklärt und den Zusammenritt dieser auch von der Volksregierung anerkannten Körperschaft verhindert. Als die altbürgerliche Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hierauf eine Sitzung in einem Lokal abhalten wollte, hat der A.- und S.-Rat mit Hilfe des ihm ergebenden jetzigen Polizeipräsidenten und dessen Organen das Zusammentreten dieser Vereinigung gewaltsam verhindert; er hat also auf das größtmögliche die Vereins- und Versammlungsfreiheit verlehrt, d. h. eines der durch die Revolutionsregierung an erster Stelle proklamierten Grundrechte. Eigenmächtig hat schließlich der A.- und S.-Rat die Zusammenfassung des von der Regierung eingesehten Mietvereinsamts geändert. Während bisher das Mietvereinsamt sich aus einem Vermieter und einem Mieter zusammensetzte, hat der A.- und S.-Rat beschlossen, noch zwei Mitglieder des A.- und S.-Rats hinzuzufügen. Endlich hat der A.- und S.-Rat aus dem Amtsgerichtsgefängnis Neutölln sämtliche Gefangenen, mit Ausnahme der Bucherer und Schleichhändler, freigelassen; wobei zu bemerken ist, daß es außer Bucherern und Schleichhändlern auch noch andere gemeingefährliche Verbrecher gibt. Man kann gespannt sein, welche Schritte nunmehr die Regierung ergreifen wird, um ihren Erlaß vom 10. Dezember durchzuführen. Jedenfalls ist die Situation in Neutölln derartig, daß leicht eine Katastrophe eintreten kann, denn schon machen die Lieferanten für Lebensmittel, Kohlen und dergleichen und die Finanzinstitute wegen der verworrenen Verhältnisse Schwierigkeiten. Die Ausführung von Notstandsarbeiten, der dringend erforderliche Bau von Wohnungen, die Zahlung der Teuerungszulagen sind in Frage gestellt. Die Ueberariffe der Spartakusleute haben in den Kreisen der städtischen Arbeiter große Erbitterung hervorgerufen, die in einer Entschliebung an den Volksgesrat Groß-Berlin ihren Ausdruck fand: „Die Gemeindegewerkschaften — heißt es darin — verwahren sich entschieden dagegen, daß eine Minderheit der arbeitenden Bevölkerung Neutöllns sich das Recht anmaßt, als vollziehende Gewalt Beschlüsse zu fassen, die dem Willen der großen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung nicht entsprechen. Der gegenwärtige Arbeiterrat hat sich seine Legitimation vom Groß-Berliner Volksgesrat durch Vorspiegelung falscher Tatsachen erschlichen. Die 2000 städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen erwarten schleunigste Maßnahmen. Sollte ihren berechtigten Beschwerden nicht schnellstens Rechnung getragen werden, so werden die Arbeiter die Einstellung der Arbeit in allen städtischen Betrieben beschließen. Die Arbeiter erwarten die Entscheidung des Volksgesrats bis spätestens Dienstag, den 17. Dezember, vormittags 10 Uhr, in die Hände des Vorsitzenden der Organisation, des Seizers August Drenth, Neutölln, Gaswerke Teupitzer Straße.“ — Auch die Beamten und Angestellten der Stadt Neutölln haben an den Volksgesrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins folgendes Schreiben gerichtet: „Die städtische Arbeiterbewegung Neutöllns hat heute dem Volksgesrat durch Groß-Berlin eine Entschliebung übermittelt, in der schleunigste Maßnahmen zur Herbeiführung ordnungsmäßiger Zustände in Neutölln gefordert werden. Die über 1000 Personen zählenden Beamten und Angestellten der Stadt Neutölln schließen sich dem Vorgehen der Arbeiterbewegung voll und ganz an. Sie erklären, ebenfalls zu den ernstesten Maßnahmen greifen zu müssen, die die größten Gefahren für das Wirtschaftsleben der Stadt herbeiführen können, wenn dem Antrage der Arbeiterbewegung nicht entsprochen wird. Sie erwarten gleichfalls Antwort des Volksgesrats bis Dienstag, den 17. Dezember 1918, vormittags 12 Uhr, an den Unterzeichneten: Stadtkretär Engel, Neutölln, Rathaus, Vorsitzender des Beamtenauschusses.“

Wohin führt dieser Weg?

Aus unserer Bewegung

Berlin. Trodengemüseanstalt und Volksspeisungsanstalt sind zwei Kriegskinder der Stadtverwaltung. Wie in den stattgefundenen Versammlungen des Personals festgesetzt werden mußte, sind Kriegskinder Strafkinder gleich zu achten. Zumeist sind bis auf einige Ausnahmen Frauen beschäftigt. Für die körperlich anstrengende Arbeit, besonders in den Küchen, wurden 4 bis 5,50 Mk. pro Tag Höchstlohn bezahlt. Das sind Löhne, die die einzelne Arbeiterin geradezu zwingen, unethisch zu werden. Einer arbeitslosen Arbeiterin mit einem Kind werden 4 Mk. pro Tag Arbeitslohnunterstützung gezahlt. Diese Tatsache beweist am besten, daß die gezahlten Löhne zum Leben zu wenig und zum Sterben etwas zu hoch bemessen sind. Außerdem haben aber die sonst von Wohlwollen triefenden Verwaltungen sich nicht geniert, die Arbeiterinnen und die ihnen zustehenden sozialen Rechte, wie Krankengeldzuschuß, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, zu bringen. Daß vor dem 9. November die gewerkschaftliche Organisation nicht geduldet wurde, bedarf wohl erst keiner besonderen Feststellung. In den Küchen unternahm man mit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit auch gleichzeitig den Ver-

such, die bisher gewährten freien Sonntage zu entziehen. Ebenso wird die bisher gegebene Suppe plötzlich entzogen. Ein besonderes Stücken leistete man sich früher, als „Monatslohn“ gezahlt wurde. Für die halbmonatliche Abschlagszahlung von 30 Mk. wurden 0,30 Mk. Vorschußprozente abgezogen. Wer bekam dieselben? Auch bei der einmaligen Teuerungszulage wurden 10 bis 30 Mk. Abzüge gemacht, weil die Kolleginnen auf eigene Kosten aus zwingenden Gründen gefehlt hatten. Sollten diese Beträge der Stadtkasse zugeworfen sein, erwarten wir, daß dieselben sofort zurückgezahlt werden. Daß die Behandlung bei solchen Mißverhältnissen sehr oft alles andere war, als anständig, bedarf wohl keiner Erwähnung. Verschuldet wurden solche Zustände aber nicht nur durch die Verwaltungen und ihren nachgeordneten Instanzen, sondern auch durch die Kollegenschaft. Sie mangelte des Ruhmes, auch gewerkschaftlich organisiert zu sein. Da es jetzt damit besser wurde, wird den anderen Mißständen auch bald der Garau gemacht werden können.

Ghemnis. In der stark besuchten öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter am 7. Dezember referierte Kollege Pfeiffer über: „Der gewerkschaftliche Friedensvertrag, die Durchführung des Achtstundentages in den städtischen Betrieben und die Lohnregelung.“ Er erläuterte insbesondere die Vereinbarungen, welche am 5. November in Berlin zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften abgeschlossen wurden über Achtstundentag und Tarifverträge. Mit der Einführung des Achtstundentags und der 48stündigen Arbeitswoche wird mit dem Ueberstundenlohn ausgeräumt. Die Versammlung beschloß dann, zu beantragen, daß 1. den Kriegsteilnehmern, die aus dem Felde zurückgekehrt sind, die einmalige Teuerungszulage zu gewähren; 2. die laufende Teuerungszulage, welche vom 1. Dezember an bezahlt wird, rückwirkend vom 1. Oktober an nachzahlen ist.

Zisterburg. Am 8. Dezember wurde hier eine Versammlung der städtischen Arbeiter abgehalten. Kollege Stamer, Berlin sprach über „Die städtischen Arbeiter im neuen Deutschen Reich“. Die Wahl des Fühlvorstandes ergab: Klapper (Mitglied des Volksgesratsausschusses im Arbeiterrat) Vorsitzender; Gantzloweit, Kattner; 1. Schriftführer: Lemple; 2. Schriftführer: Theodor; Beisitzer: Vorarbeiter Demant. Kollege Stamer berichtete dann, daß nach Rücksprache mit dem Ueberbürgermeister eine baldige Durchführung des Achtstundentages ohne Reduzierung des Stundenlohnes zu Stande sei. Ueber Lohnherabsetzungen äußerte sich Kollege Klapper dahin, daß diese sofort durchgeführt werden müßte. Auf die Bemerkung eines Mitgliedes, daß der Arbeiter- und Soldatenrat eine Regelung der Stundenlöhne verlangen müßte, erwiderte Klapper, daß dies nicht Sache des Arbeiter- und Soldatenrats sei, sondern nur der Gewerkschaften. Nachdem noch einmal Kollege Stamer Lohn und Wert der Organisationen hervorhob und die Anwesenden zum Beitritt in den Verband aufforderte, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter geschlossen.

Eidenburg i. Gr. Am 11. November hielt unsere Filiale im Saale von Gramberg am Markt eine Agitationsversammlung ab, welche dermaßen blüht war, daß der Saal kaum Platz genug hätte für alle Anwesenden. Die Kollegen Dedmann und Post, welche in der Versammlung referieren wollten, konnten leider wegen der Vertretungsschwierigkeiten nicht rechtzeitig zur Versammlung erscheinen. So unternahm Kollege Kühne es denn, dem Zweck der Versammlung gemäß, über die Notwendigkeit einer strengen Organisation zu reden. Die Versammlung hatte den denkbar größten Erfolg, so daß wir heute in der Lage sind, von hier zu berichten: In Eidenburg sind sämtliche bei der Stadt beschäftigten Handwerker und Arbeiter organisiert. Als Delegierter zum erweiterten Arbeiterrat wurde Kollege Kühne gewählt. Die Verhandlungen mit dem Stadtmagistrat hatten vollen Erfolg. Es wurde am 5. Dezember ein Tarif abgeschlossen, aus welchem die Hauptpunkte hier folgen: 1. Die Stadt beschäftigt nur organisierte Handwerker und Arbeiter. 2. In allen Betrieben gilt der achtstündige Arbeitstag. 3. Als Lohn wird gezahlt: a) Handwerker, Maschinenführer, Maschinenwärter und Eisenarbeiter erhalten einen Tage- oder Schichtlohn von 12 Mk., Eisenarbeiter und Eisenbahnmitarbeitern 13 Mk.; b) Hilfsarbeiter 11 Mk., Hilfsarbeiter, welche selbstständig arbeiten, sind als Handwerker zu entlohnen; c) Polen, Sof- und alle sonstigen Arbeiter erhalten für den Tag 10 Mk., die Vorarbeiter auf dem Schlachthof 9 Mk., Manufakturier für den Tag 10,50 Mk., für die Nacht 12 Mk., Vorarbeiter pro Tag 50 Pf. mehr; d) weibliche Arbeiter pro Tag 8 Mk., e) Laternenhüter einen Wochenlohn von 60 Mk.; f) Ueberstunden und Sonntagsarbeit soll nach Möglichkeit vermieden werden. Wo solche dennoch unumgänglich sind, wird 50 Proz. Aufschlag dafür gezahlt. Das Arbeiten im Afford oder Stücklohn kommt ganzlich in Fortfall. 4. Erholungsurlaub alljährlich: nach einjähriger Beschäftigung 1 Tage, nach zweijähriger Beschäftigung 2 Tage, nach dreijähriger Beschäftigung 3 Tage, nach vierjähriger Beschäftigung 4 Tage, nach fünfjähriger Beschäftigung 5 Tage, nach sechsjähriger Beschäftigung 6 Tage, nach siebenjähriger Beschäftigung 7 Tage, nach achtjähriger Beschäftigung 8 Tage, nach neunjähriger Beschäftigung 9 Tage, nach zehnjähriger Beschäftigung 10 Tage, nach elfjähriger Beschäftigung 11 Tage, nach zwölfjähriger Beschäftigung 12 Tage. 5. Für Handwerker und Arbeiter, welche ein volles Jahr bei der Stadt beschäftigt sind, zahlt die Stadt bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Unfall zwei Drittel der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn, wenn die Arbeits-

unfähigkeit länger als sieben Tage dauert, vom achten Krankheitslage an auf die Dauer von 26 Wochen. 6. Vorstehende Vereinbarungen treten sofort in Kraft und können mit einmonatiger Frist auf den Schluß eines Kalendermonats gekündigt werden. — Mit Rücksicht auf die frühere Arbeitszeit betragen die Lohn erhöhungen zirka 10 bis 15 Proz. gegenüber den früheren Löhnen. Es soll hier rückhaltlos anerkannt werden, daß der Stadtmagistrat bei den Verhandlungen in anerkanntsvoller Weise auf unsere Wünsche eingegangen und auch den Abschluß des Tarifes nach Möglichkeit beschleunigte. Es wurde von beiden Seiten auf eine bestimmte Zeitdauer des Vertrages verzichtet, weil uns jeder Monat andere Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiet bringen kann.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Polizeibeamte der Republik. Das „Correspondenzblatt“ veröffentlicht folgenden Aufruf, der für sich selbst spricht: Ein gewaltiger Umchwung hat im Reiche stattgefunden, der auch den Polizeibeamten die langgesuchte Freiheit gibt. Der militärische Gehorsamzwang des alten Regimes ist beseitigt, an seine Stelle ist der freiheitliche Geist getreten. Bis jetzt war es Euch verboten, das Koalitionsrecht voll und ganz auszuüben, um Euch auf Grund Eures Treueides als willkürliche Werkzeuge einer veralteten Gesellschaftsordnung zu gebrauchen. Unsere Fesseln sind durch die Errungenschaften der Revolution gesprengt. Haltet diese Errungenschaften hier fest voll und ganz aus und legt sie fest in der Schaffung einer gewaltigen Organisation. Nur durch diese allein seid Ihr in der Lage, auf Eure Behörde einzuwirken, und Euch geordnete Verhältnisse für Euren Beruf zu erringen. An der Seite des arbeitenden Volkes müßt Ihr Eure Interessen zu vertreten wissen. In diesem Sinne ist der Verband Düsseldorf-Polizeibeamten bahnbrechend vorangegangen. Er hat sich aufgebaut auf den Grundrissen der gesamten Gewerkschaftsbewegung, vollständiger Neutralität, keine Politik, keine Religion, nur Fortsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen sämtlicher Polizeibeamten aller Teilmannschaften. Wir wollen dadurch erreichen, daß bei der Neuordnung im Vaterlande auch unsere Stimmen gehört werden. Wir wollen nicht schweigen! Wir wollen nicht trübselig sein! Wir wollen Gleichberechtigung! — Nicht über Nacht hat sich unsere Bewegung gebildet, nein, lange war unter den Polizeibeamten der Gedanke des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenschlusses erwacht, jedoch durch die veralteten Regierungshandlungen, die mit den schärfsten Repressalien drohten, unterdrückt worden. An Euch Kollegen treten wir heran, damit Ihr Euch auch in dem Sinne des Düsseldorf-Polizeibandes zusammenschließt, ganz gleich, ob Staats- oder Kommunalpolizei. Unsere Aufgabe soll weiter sein, zum Wohl, der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu wirken und unsere Wirksamkeit von dem bedrückenden Polizeiwesen des alten Regimes zu trennen. Darum auf zum Zusammenschluß! Der einzelne ist machtlos! Die Organisation ist stark! Es lebe die Freiheit! Es lebe das Koalitionsrecht! Der Vorstand des Verbandes Düsseldorf-Polizeibeamten, Ratsmann, Zimmer H. Langenfeld, Schmeiß, Vollmer, Fiering, Dickmann, Wegel, Panzer, Ulrich, Wemmer. Auskünfte über unsere Organisation werden erteilt. Referenten stehen jederzeit zur Verfügung. Adressen sind zu richten an den 1. Schriftführer Strim-Mom. Vollenberg, Düsseldorf.

♦ Rundschau ♦

Gewerkschaften und Arbeiterräte. Eine interessante Verfügung des Staatssekretärs im Reichs-Ernährungsamt, Emanuel Wurm, teilt das „Berliner Tageblatt“ in seiner Abendausgabe vom 12. Dezember mit. Danach hat Wurm alle der Aufsicht des R.E.A. unterstellten Betriebe angewiesen, die Abreden über Arbeitsbedingungen nicht mit den Arbeiterräten, sondern mit den Gewerkschaften abzuschließen zu treffen. Die Unabhängigen erkennen also auch an, daß auf diesem Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Gewerkschaften die allein zuständige Instanz sind. In dieser Zusammenhang muß daran erinnert werden, daß zu dem Vertrag zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden das Berliner Organ der Unabhängigen gefordert hat, jeder christliche Freund der Arbeiterbewegung müsse sich über die großen Erfolge freuen, welche die Gewerkschaften erringen hätten. Sogar erklart das Berliner Epochenblatt „Rechts des Meeres“, die Unternehmer hätten die Unterstützung der Gelben gut aufzufassen können, nachdem die freien Gewerkschaften die Rolle der Gelben, den Kampf des Staats zu übernehmen hätten. Auch in den Gewerkschaften zeigt sich also eine grundsätzliche Ueberwindung der Unabhängigen mit der großen Sozialdemokratie und der dringlicher Gegenüber zu den Epochenblättern.

Zum Delegiertentag der Arbeiter- und Soldatenräte. Am 18. Dezember tritt der Delegiertentag der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin zusammen. Seine Beschlüsse werden für das deutsche Volk von außerordentlich weittragender Bedeutung sein. Die bisherige revolutionäre Regierung zeichnet sich nach dem „Correspondenzblatt“ der Generalkommission durch den Mangel an Autorität aus, der ihr hervorragendstes Kennzeichen ist: es regiert alles durcheinander; lokale Arbeiter- und Soldatenräte regieren über und neben der Reichsregierung, die über wirklich zuverlässige Verwaltungsorgane im Reiche gar nicht verfügt. Die innere Unsicherheit erschwert die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens, das sich ohnedies in einer schweren Krise befindet. Zwölf Millionen Arbeitskräfte seien umzustellen oder neu unterzubringen. In dieser Situation ergriffen unverantwortliche Schreier die Führung, veranstalteten wilde Streiks und ließen die Arbeitsleistung bis zur Hälfte der früheren Leistung sinken. Ein einundzwanzigjähriger Jüngling habe eine Berliner Fabrik einfach fallgelegt, „sozialisiert“ oder sonst noch was — unter Vorlegung einer Autorisation des Berliner Arbeiterratsvorsitzenden Müller, von der dieser angeblich nichts wußte. Unser Auslandskredit ist zerstückt, unsere Valuta sinkt und wird vielleicht bald im brüderlichen Verein mit dem Sowjetrußland an den Börsenplätzen des Auslandes außer Kurs gesetzt werden. In Deutschland herrscht vollständiger Warenmangel, Frauen und Kinder frieren, weil keine Kohle angefahren werden kann, die Bevölkerung läuft in zerfahrener Kleidung und schlechtem Schuhwerk herum, Möbel und Hauswirtschaftsgegenstände fehlen — kurz, wir hätten alle Hände voll zu tun, aber man scheint aus dem großen absehbaren Ruhrbeispiel des bolschewistischen Rußlands nichts gelernt zu haben und nichts lernen zu wollen. Sonst hätte man längst an einer weithin sichtbaren Tafel alle die Maßnahmen verzeichnet, die man nicht ergreifen darf, wenn man nicht die Volkswirtschaft seines Landes ruinieren, die Bevölkerung zum Verhungern bringen und das Land selbst auseinanderreiben will. In dieser Lage hält es das „Correspondenzblatt“ für die Hauptaufgabe des Delegiertentages, möglichst kräftig einen tiefen Trennungstich zwischen sich und den antidemokratischen Elementen zu ziehen, welche die Nationalversammlung und damit die Schaffung einer vom Volkswillen getragenen starken Regierung verhindern wollen. Bis zur Nationalversammlung müsse der Delegiertentag dafür sorgen, daß die Regierung alle nötigen Machtvollkommenheiten erhält, um wirklich zu regieren und sich nicht von unterverantwortlichen Nebenregierungen regieren zu lassen. Für das Wirtschaftsgebiet müsse der Delegiertentag die Erträge bezeichnen, die befreit seien, obligatorische Beiträge zu zahlen. An alle Bürger der freien Republik müsse er eine sehr ernste Mahnung richten, wieder zu arbeiten und ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Die endgültige Regelung aller Fragen werde dann Aufgabe der demokratischen Nationalversammlung sein. — Was für ionderbare Elemente im bisherigen Volksgesamt des Arbeiter- und Soldatenrätes seien, zeigt ein in der „Deutschen Tageszeitung“ (1) veröffentlichter Aufruf des Volksgesamtsmitglied Stöbel, der jetzt keine andere Sorge hat, als daß die „Semiten“ aus der Regierung entfernt werden. Die deutsche Republik müsse arisch und parteilos sein! Inzwischen ist dieser ionderbare „Volksgesamt“, wie bereits schon an der, seines Amtes entsetzt worden. Schlimmer ist aber, daß solche Leute überhaupt gewählt werden konnten!

Deutschlands innerer Rettungsweg. In der schwer bedrängten Lage, in der Deutschland aus diesem Kriege hervorgeht, nach dem Verlust eines großen Teils seiner ausländischen Dispositionen, wird es darauf angewiesen sein, mit um so größerer Sorgfalt alle seine inneren Quellen fließen zu lassen. Dazu ist aber eine große Siedlungsreform unerlässlich, und sie ist uns durch den hoch erfreulichen Erlaß von Hindenburg vor kurzem ja auch bereits angekündigt worden. Zunächst einmal muß in den Gegenden mit starkem Großgrundbesitz ein erheblicher Teil dieses letzteren für Schaffung von Bauern-, Gärtner-, Handwerker- und Arbeiterhöfen herangezogen und so die Befriedung des Landes wesentlich verdichtet und die Intensität der Bodenbearbeitung gesteigert werden. Die Verwirklichung dieses Planes ist ja auch, wie aus vorstehenden Mitteilungen in der Presse hervorgeht, durch das Reichsarbeitsamt bereits in Angriff genommen. Eingehendere Entwürfe von Rostowser Erving und Dr. Franz Oppenheimer liegen vor. Landwirtschaftsverbände sollen gebildet werden, die kommende Vermittlungswörter auch in Grundbesitz gewährt werden können und dazu mehr. Aber auch im Siedlungsgebiet der Städte und Industrieorte sind große Umänderungen notwendig und zu erwarten. Infolge der ganzen Umwälzung unserer Verhältnisse werden wir vielerorts in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit einer starken Ab- und Auswanderung von den Städten und Industrieorten zu rechnen haben. Das wird, wenn auch im Augenblick jetzt noch oft Wolkenhülle verhüllt, an vielen Stellen zum Verdrüben zahlreicher Wohnstätten und zum Wohnungsüberfluß führen. Diese Umstände werden einen starken Druck auf die Boden- und Hausdrucke ausüben, und in der gleichen Richtung wird die Politik der öffentlichen Körperlichkeiten und des allgemeinen Vertrieben der Bevölkerung nach weiträumiger Siedlung und Ermöglichtung eines eigenen kleinen Gärten und Landbesitzes wirken. Siedlungsbestimmungen, die die Reichsregierung sehr erschweren oder

ganj verboten, das Kleinhaus dagegen weitgehend erleichtern, eine gründliche Reform des Enteignungsrechtes, positive Förderung des Kleinhandels mit Landzulage durch Finanzmaßnahmen und Nahverkehr werden das Abhilfe tun. Unter dem Druck aller dieser Umstände wird das Wohnungs- und Siedlungsweien auch unserer großen Städte und Industriemittelpunkte vermutlich eine erheblich andere Gestalt gewinnen und das wird sehr wohlthätige Folgen haben. Es wird uns auf diese Weise möglich sein, Ersparnisse im Städtebau zu erzielen, der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ein Nebeneinkommen durch eine eigene kleine Bodenkultur zu erschließen und auf die Gesundheit der Bevölkerung und der Geburtenziffer vorteilhaft einzuwirken. So eröffnet eine gründliche Siedlungsreform in Stadt und Land in der Tat erhebliche Hilfsquellen und stellt sich als ein Rettungsweg für das neu werdende Deutschland dar.

Die Beamten regen sich! Der Vorstand des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens (E. V. 36000 Mitglieder) hat an die Gemeindebeamtenchaft folgenden Aufruf erlassen: „Schwere Zeiten sind hereingebrochen. Die politische Umwälzung stellt die Gemeindebeamtenchaft auf eine harte Probe. Die Not des Vaterlandes erheischt jedoch die Vorsehung aller Gewissen und fordert unsere tatkräftige Mitarbeit an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Fortführung des Wirtschaftslebens und Sicherstellung der Volksernährung, indem wir unsere Kraft den neuen Gewalten zur Verfügung stellen. Wir bitten die Amtsgenossen, unter Einordnung in die gegebenen Verhältnisse nach wie vor ihre Amts- und Dienstpflichten in vollem Umfange zu erfüllen. Seien wir uns bewußt, daß ein Versagen der Beamtenchaft unabwehrbare Folgen haben würde. Die Gemeindebeamtenchaft darf aber auch erwarten, daß die neue Regierung und deren Organe unsere wohlverdienten Rechte in jeder Beziehung behaupten und unsere Interessen fördern wird. Den Ortsvereinen und weiteren Verbänden der Gemeindebeamten wird empfohlen, sich in den neuen örtlichen Räten und sonstigen Körperschaften eine entsprechende Vertretung zu sichern, wie dies in verschiedenen Orten bereits geschehen ist.“

Die Revolution in Kirchenmittenbach. Bei jeder Revolution ereignen sich Epochen, die durch ihre Komit einen erweiternden Zug in den Ernst der Zeit bringen. In dieses Kapitel gehört der folgende Vorfall, über den in den Zeitungen berichtet wird: In dem großen fränkischen Pfarrdorf Kirchenmittenbach versammelten sich die Bauern, wählten einen Bauernrat und stellten an ihren Pfarrherrn u. a. folgende Forderungen: 1. Der Pfarrer hat dafür Sorge zu tragen, daß die Gloden, die vor kurzem auf seine Veranlassung fortgeschafft wurden, um die für die schnelle Ablieferung ausgegebene Prämie zu bekommen, sofort wieder zurückgebracht werden. 2. Der Pfarrer, der durch seine langen Predigten gefürchtet ist, hat sich zu verpflichten, in Zukunft seine Predigten nicht über eine Stunde auszudehnen. 3. Aus Anlaß der Revolution ist am Sonntag in der Sonntagschule und am Montag in der Werktagsschule schulfrei. 4. Verhandlungen dürfen in Zukunft nicht mehr nach Mähen vorgenommen werden, alle Leiden sollen gleichmäßig bestrafet werden. — Der Pfarrherr hat diese Forderungen am Sonntag im Vormittags-Vortragsdienst vorgetragen und, wie die „fränkische Tagespost“ mitteilt, mit gedrückter Stimme für angenommen erklärt.

• Briefkasten •

Zur gefl. Beachtung! Die Nr. 52 der „Gewerkschaft“ ist gleichzeitig mit dieser Nummer 51 zur Ausgabe gelangt. Nr. 1 erscheint am 3. Januar 1919. Einsendungen müssen bis 27. Dezember in unseren Händen sein. Die Redaktion.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Was ist Sozialismus? Wie ist diese Frage hier gestellt worden als heute. Viele Tausende interessieren sich gegenwärtig für das Programm, für die Kämpfe und Ziele der Sozialdemokratie, die früher nie mit ihr in Berührung gekommen sind. Die Wiener Volksbuchhandlung hat nun eine kleine Schrift herausgegeben: „Was ist Sozialismus?“ Hatgeber zum Studium seiner Lehren von Anna Frey. Die kleine Schrift zeigt, welchen Weg man einschlagen kann, um sich in der großen sozialistischen Literatur zurecht zu finden und die hauptsächlichsten in Betracht kommenden Bücher und Broschüren in einer Reihenfolge zu lesen, welche zu richtigem Verständnis führt. Die Schrift ist gegen Einsendung des Betrages von 40 Hellern durch den Verlag Wien VI, Gumpendorfer Str. 18, zu beziehen und wird allen, die sich für Politik interessieren, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit willkommen sein.

„Von Kiel bis Berlin“. Der Siegeszug der deutschen Revolution. Von Erich Münter. Mit zahlreichen ganzseitigen Bildern und Textbildern. Preis 50 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 114.

Totenliste des Verbandes.

Jakob Gehrens, Düsseldorf
† 8. 12. 1918, 62 Jahre alt.

Wilhelm Döring, Arnkölln
† 6. 12. 1918, 64 Jahre alt.

Alb. Fahrland, Nordhansen
Straßenlehrer
† 28. 11. 1918, 50 Jahre alt.

Lorenz Forstner, Göppingen
Gasarbeiter
† 24. 11. 1918, 51 Jahre alt.

Josef Himberg, Bonn
Arbeiter
† 20. 11. 1918, 22 Jahre alt.

Hugo Hismann, Dresden
Maurer
† 24. 11. 1918, 49 Jahre alt.

Joh. Siekling, Planau i. V.
Katenenwärter
† 26. 11. 1918, 62 Jahre alt.

Isabella Kowalska, Buch
† 1. 12. 1918.

Franz Krause, Berlin
† 2. 12. 1918, 88 Jahre alt.

Adolf Kräher, Dresden
Zierbauarbeiter
† 3. 12. 1918, 64 Jahre alt.

Johann Krenzer, Schwabach
Gasarbeiter
† 26. 11. 1918, 50 Jahre alt.

Wilhelm Mathes, Berlin
† 7. 12. 1918, 67 Jahre alt.

Oswald Sanermann, Berlin
Pensionär
† 28. 11. 1918, 68 Jahre alt.

Georg Schnibkegel, Darmstadt
Gärtner
† 24. 11. 1918, 64 Jahre alt.

Alfred Schunke, Dresden
Schlosser
† 4. 12. 1918, 84 Jahre alt.

Richard Seifert, Chemnitz
Straßenarbeiter
† 11. 11. 1918, 69 Jahre alt.

Richard Stib, Göppingen
Zierbauarbeiter
† 20. 11. 1918, 61 Jahre alt.

Karl Strank, Magdeburg,
Gasarbeiter
† 2. 12. 1918, 37 Jahre alt.

Ludwig Tiemann, Bremen
Radschmied
† 9. 12. 1918, 63 Jahre alt.

Wilhelm Ullbrecht, Berlin
† 4. 12. 1918, 51 Jahre alt.

Ernst Vettermann, Chemnitz
Straßenarbeiter
† 12. 11. 1918, 66 Jahre alt.

Max Dyawinsky, Breslau
Laboratoriumsdiener
† 25. 11. 1918, 28 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Gustav Barth, Berlin
am 4. Oktober 1918 im Alter von 41 Jahren gefallen.

Vied. Bäcker, Bremen
am 20. Juli 1918 im Alter von 35 Jahren gefallen.

Hermann Behk, Stuttgart
am 5. Novbr. 1918 im Alter von 38 Jahren i. Lazarett gestorben.

J. Borkowski, Wuhlgarten
im Alter von 22 Jahren gefallen.

Fr. Brandl, Bremen
am 1. November 1918 im Alter von 31 Jahren gefallen.

Franz Dahl, Steiln
am 14. September 1917 im Alter von 35 Jahren gefallen.

Karl Ebner, München
am 21. November 1918 im Alter von 45 Jahren berunglückt.

Hermann Gübler, Berlin
am 25. März 1918 im Alter von 35 Jahren gefallen.

Franz Hohensee, Berlin
am 8. Oktober 1918 im Alter von 42 Jahren gefallen.

Erich Käming, Wuhlgarten
gefallen.

Karl Kisch, Berlin
am 25. November 1918 im Alter von 31 Jahren gefallen.

Jakob Müller, Landau
am 8. Novbr. 1918 im Alter von 33 Jahren i. Lazarett gestorben.

Karl Schmaly, Gießen
am 5. Novbr. 1918 im Alter von 34 Jahren i. Lazarett gestorben.

Johann Schörner, Nürnberg
am 29. Oktober 1918 im Alter von 46 Jahren i. Lazarett gestorben.

Fr. Seltelmaier, Mannheim
am 30. Juli 1918 im Alter von 39 Jahren gefallen.

Heinr. Stehmer, Bremen
am 30. Oktober 1918 im Alter von 35 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!